

Vom Prekariat zum Tarifvertrag

Bundesweit der erste
Tarifvertrag in der
ambulanten
Behindertenhilfe



Club Behinderter und ihrer Freunde Frankfurt – CeBeeF e.V. und GmbH

- Gegründet 1975 aus der Krüppelbewegung
- Zunächst nur **Persönliche Assistenz**
- Später **Schulbegleitung und Fahrdienst**
- Zunächst viele Zivis und Student*innen auf Stundenbasis, inzwischen mehr Festverträge
- Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge bis 2006

Ausgangssituation 2010

450 Mitarbeiter*innen, davon

- über 100 auf Stundenbasis angestellt
- Ca. 250 mit Teilzeitverträgen
- Ca. 170 in Schichtarbeit mit unklaren Arbeitszeiten (Anrufe im Frei, Dienstverlängerungen, u.ä.)
- ❖ Keine Überstundendeckelung
- ❖ Jährliche Fluktuation von 100 Mitarbeiter*innen

Struktur des CeBeeF 2010

CeBeeF – **Verwaltung**

Ca. **40** Mitarbeiter*innen

Überwiegend Vollzeit,
unbefristet, wenig Fluktuation

Arbeitsort: Elbinger Str. 2
Frankfurt a. M.

CeBeeF GmbH – **Fahrdienst**

Ca. **60** Mitarbeiter*innen

Überwiegend Vollzeit,
unbefristet, wenig Fluktuation

Arbeitsort: auf den Straßen
Frankfurts

CeBeeF e.V. – **Schulbegleitung**

Ca. **180** Mitarbeiter*innen

Unbefristete 20-Wochenstd.-
Verträge, **befristete Erhöhungen**

Arbeitsorte: in versch. Schulen
im Stadtgebiet

vereinzelt arbeiten

CeBeeF e.V. – **Persönl. Assistenz**

Ca. **170** Mitarbeiter*innen

Überwiegend **Teilzeit**,
unbefristet, flexibilisierte Arbeit

Arbeitsorte: Privathaushalte
im Stadtgebiet

vereinzelt arbeiten

Rahmenbedingungen 2010

- Hohe Fluktuation (jedes Jahr über 20%)
- Geringe Betriebsbindung
- Heterogenität bei „Laienhelfer*innen“
- Geringes Arbeitnehmer*innenbewusstsein
- Geringe Konfliktfähigkeit
- Geringe Arbeitskämpferfahrung
- Viele mit Zweit- und Drittjobs
- oder mit ergänzender Sozialleistung

Rahmenbedingungen 2010

- Wenig Kontakt zwischen Kolleg*innen
→ ein- bis zweimonatliche Teambesprechungen
- mind. 1x im Jahr Anerkennung durch GF
→ So tolle Arbeit, aber leider nicht mehr Geld...
- GF schürt Konkurrenz zwischen Abteilungen
→ Schulbegleitung muss Minus der Persönlichen Assistenz und des Fahrdienstes ausgleichen

Betriebsrat

- Ende 2009 neu gewählt
 - Sechs von neun Sitzen „GOHN“-Liste
 - Fünf von sechs neu im Gremium
 - Hochmotiviert hoher Output an Betriebsvereinbarungsentwürfen
- Alle von GF ausgesessen...

Lohnstruktur 2010

- **9,31 €/h Bruttolohn** für Fahrer*innen, Schulbegleiter*innen und Persönliche Assistent*innen
- plus undurchsichtige Zulagen für Wenige
- Betriebsrat entwirft 2008 neues Entgeltsystem mit Stufensteigerung (Gerechterer Lohn = **GOHN**)
- GF sitzt aus, 2010 dann: für Stufe 1 weniger als 9,31 €/h vor → **Startschuss Mobilisierung**

Kampagne zum Thema LOHN 2010

- Febr.: GOHN-Tage
- März: Betriebsversammlungen zum Thema Lohn
- April: Gründung einer Betriebsgruppe
- Mai/Juni: Solidaritätsaktionen mit Fahrdienstmitarbeiter*innen
- Juni: erste ganztägige Betriebsversammlung
- Aug.: GF verschlimmert den Entgeltentwurf

→ Schlüsselerlebnis für BR-Arbeit

Kampagne zum Thema LOHN

- Sept.: Betriebsversammlung mit Folgen:
Einschüchterungsversuche durch GF
- Okt.: Zusätzliche Betriebsversammlung
- Nov.: Mitarbeiter*innenversammlung: GF
verkündet Gesprächsbereitschaft
mit ver.di

Ganztägige Betriebsversammlung
mit vielen ver.di-Eintritten

Fortsetzung...

- Jan.-Dez 2011: Tarifverhandlungen
- Anfang 2011: Gründung des Frankfurter Netzwerks der sozialen Arbeit
Politische Kampagne 2011
- März 2012: Tariftreueerklärung der Stadt Frankfurt am Main

2012

- März: GF verweigert Unterschrift unter Tarifvertrag
- April: zwei Warnstreiktage, zwei ganztägige Betriebsversammlungen; jeweils über 100 Kolleg*innen
- Mai: Warnstreikkundgebung mit Betroffenen und Unterstützer*innen
- Juli: Tarifvertrag tritt in Kraft

Lohnvergleich vor und nach TV

Früher Einstieg: 9,31 €/h brutto

Nach 15 Jahren: 9,31 €/h Brutto

Jetzt Einstieg: 12,95 €/h brutto

Nach 15 Jahren: 16,50 €/h brutto

→ dynamisch

Herausforderungen

Innerbetrieblich:

- Vereinzelung der Kolleg*innen
- Familienillusion der flachen Hierarchien
- Mangelndes Arbeitnehmer*innenbewusstsein

Außerbetrieblich:

- Vermeintlich sachliche Zwänge

Herausforderungen vor und während der Tarifbewegung im CeBeeF

Überwindung der Vereinzelung

- Gemeinsames Thema setzen (Bezahlung)
- Schaffung von sozialen Räumen (auf Betriebsversammlungen, danach, gemeinsamer Filmabend, Kundgebungen, Sommerfest, Stammtisch, Arbeitsgruppen, etc.)
- Individuelle Ansprache und Einladung zu Betriebsversammlungen (zwar zeitaufwendig, aber lohnend)
- Betriebsversammlungen so gestalten, dass Kolleg*innen viel voneinander erfahren und sich austauschen können

Konflikterfahrung sammeln

- Gewerkschaft sichtbar machen (regelmäßige ver.di-Stände im Betrieb, Auftritte auf Betriebsversammlung, etc.)
- niedrigschwellige Angebote (Unterschriftenliste, Kundgebungen vor Betrieb /Sozialdezernat, etc.)
- Solidarität erfahrbar machen (Unterstützung von Kolleg*innen, Ungerechtigkeiten aufzeigen und Handlungsperspektiven anbieten, etc.)
- Einschüchterungsversuche der GF offensiv begegnen

„Streik geht nicht...“

- „Behinderte“ kann man nicht alleine lassen.“
- frühe Einbeziehung der Betroffenen (Menschen, die persönliche Assistenz und/oder den Fahrdienst benötigen, Lehrer*innen, Eltern, Elternbeiräte, etc.)
- Räume für Diskussionen und Austausch schaffen (Betriebsgruppentreffen, Betriebsversammlung, etc.)
- Entwicklung alternativer Arbeitskampfmethoden
- Kreativität bei Durchführung

Sachliche Zwänge überwinden

- BSG-Urteil vom 29.01.2009 (B 3 P 7/08 R): Tariflöhne sind wirtschaftlich und müssen refinanziert werden
- Überbetriebliche Vernetzung und konsequente politische Arbeit (Frankfurter Netzwerk der sozialen Arbeit)
- Einbeziehung der Kolleg*innen
- Positionierung durch die Stadt (in FfM Tariftreueerklärung vom 1.03.2012)

Streik im dezentralen Betrieb

Der dezentrale Aufbau des Betriebes, der die Mobilisierung so schwer gemacht hat, hat bei den Warnstreiktagen geholfen.

Der Arbeitgeber hat am Vorabend Kolleg*innen angerufen, um zu fragen, ob sie streiken. Auf diese Frage muss niemand antworten. Und wenn doch, kann es sich jede*r noch anders überlegen. Das wurde im Vorfeld stark gemacht, so dass der Arbeitgeber nie sicher sein konnte, ob jemand vor Ort ist oder nicht.

Einige Kolleg*innen sind zum Streik, ohne den Arbeitgeber zu informieren, anderen war es wichtig, dass dieser es weiß.

Kolleg*innen haben den Arbeitgeber informiert, dass sie mitstreiken, ihren Dienst morgens aber angetreten und dann ist ihr*e Assistenznehmer*in mit zur Kundgebung gekommen.

Assistenznehmer*innen haben - auch wenn jemand vor Ort war - in der Verwaltung angerufen, um sich zu beschweren, dass niemand da ist.

Es gab alle möglichen Konstellationen, die für den Arbeitgeber in ihrem Zusammenspiel ein Maximum an Stress bedeutet haben.

Zudem gab es während der ersten beiden Warnstreiktage keine Notdienstvereinbarung, weil der Arbeitgeber sich zu spät darum gekümmert hat. Am zweiten Warnstreiktag war der

Gerichtstermin für eine Notdienstvereinbarung. Während der Arbeitgeber eine Notdienstvereinbarung beantragt hat, die dem Normalbetrieb ziemlich nahe kam, hat die Richterin die Ausführungen der Kolleg*innen berücksichtigt, die durch ihre tägliche Arbeit vor Ort viel besser wussten, welcher Bedarf tatsächlich besteht. Hier hat sich die Vernetzung der Beschäftigten untereinander ausgezahlt, weil sie auch Kolleg*innen, die nicht anwesend waren, anrufen konnten, um zu erfahren, ob die Ausführungen des Arbeitgebers stimmen.

Die Notdienstvereinbarung, die das Gericht dann niedergeschrieben hat, war ein voller Erfolg für die Kolleg*innen.

Die Demonstrationen beider Warnstreiktage führten vor das Sozialdezernat, um auch hier ein öffentliches Statement zu setzen, dass die Stadt in der Verantwortung steht, ihren indirekt Beschäftigten Tariflohn zu zahlen.

Zum dritten Warnstreiktag wurden ebenso Assistenznehmer*innen, Schüler*innen, Eltern und alle, die den Tarifkampf unterstützen wollten, aufgerufen. Viele folgten dem Aufruf und gestalteten die Kundgebung vor dem Frankfurter Rathaus auch mit.

Nach diesen drei Warnstreiktagen erklärte die Geschäftsführung, den Tarifvertrag unterschreiben zu wollen. Im Juni war in der Zeitung zu lesen, dass sich Geschäftsführung und Stadt auf eine Refinanzierungserhöhung von 1,4 Millionen Euro pro Jahr geeinigt haben.

2009

2010

Oktober

Betriebsratswahl.

Das erste Mal Listenwahl.

Gewerkschaftsnahe Liste erreicht sechs von neun Sitzen, fünf von den sechs gewerkschaftsnahen Betriebsräten sind neu im Betriebsrat.

Februar

GOHN-Tage.

Trotz Schneesturms und S-Bahn-Streiks kommen 100 Kolleg*innen ins BR-Büro, um Resolution zum Thema Vergütung an die GF zu unterzeichnen. Die **Resolution mit 250 Unterschriften** wurde der GF auf der MV im März überreicht.

März

Monothematische BV und MV.

Es findet eine **Betriebsversammlung zum Thema Lohnsystem statt**.

Die GF informiert auf einer MV über ihren Entwurf.

April

Gründung einer Betriebsgruppe.

Eine Betriebsgruppe der Gewerkschaften gründet sich, bildet **AGs** und trifft sich **monatlich**.

Mai/Juni

Solidarität.

CeBeeF-Fahrdienst verliert städtische Ausschreibung. Fahrer*innen und solidarische Kolleg*innen des CeBeeF e.V. führen **Mahnwachen vor dem Sozialdezernat, vor dem Rathaus durch und organisieren einen Autokorso durch die Stadt**. Die Aktionen führen zum Erfolg: Der CeBeeF-Fahrdienst bleibt erhalten.

Juni

1. Ganztägige BV.

Fast 90 Kolleg*innen nehmen teil, obwohl die GF die Freistellung in Frage stellt. Gewerkschaftssekretär ist anwesend, es kommt zu **vielen Gewerkschaftseintritten**.

August

Neuer Entwurf.

GF legt überarbeiteten Entwurf des Vergütungssystems vor: Verwaltungsmitarbeiter*innen sollen mehr bekommen, **für „Helfer/innen“ bleibt es bei einer Verschlechterung**.

September

35 Jahre CeBeeF und BV mit Folgen.

Bei der öffentlichen CeBeeF-Geburtstagsfeier erscheint die BG mit bedruckten T-Shirts (z.B. **Wir ver.dienen mehr!**)
Nach einer BV gibt es einen **Drohbrief der GF an alle Mitarbeiter*innen und einen Abmahnungssuch**.

Oktober

1. zusätzliche BV.

Kurzfristig angesetzte BV, um den Drohbrief der GF zu thematisieren. Die **GF informiert** alle Mitarbeiter*innen postalisch, dass die Teilnahme an der BV **keine Arbeitszeit** sei. Einer der anwesenden 30 Mitarbeiter*innen klagt stellvertretend die Arbeitszeit ein.

2010 Fortsetzung

November

MV und 2. ganztägige BV

GF informiert über ihren neuen Entwurf und stößt auf Mitarbeiter*innen, die kritisch nachfragen und ihren Unmut zum Ausdruck bringen. Weiter informiert sie, dass sie **Sondierungsgespräche mit ver.di** führen will.

Am 17.11. findet eine lange vorbereitete **ganztägige BV mit AGs**, dem Gewerkschaftssekretär und einer Vorführung des Films „Brot und Rosen“ statt, zu der **jede*r Mitarbeiter*in auch telefonisch eingeladen** wurde. Im Laufe des Tages kommen **über 150 Kolleg*innen**. Es gibt **viele ver.di-Eintritte**.

Abkürzungsverzeichnis

AG = Arbeitsgruppen

BR = Betriebsrat

BG = Betriebsgruppe

BV = Betriebsversammlung (von BR ausgerichtet)

GF = Geschäftsführung

MV = Mitarbeiter*innenversammlung (von GF ausgerichtet)

2011

Feb. - Dez.

Tarifverhandlungen.

Die **Tarifverhandlungen** dauern das gesamte Jahr und verlaufen **überwiegend konfliktfrei**.

Der einzige strittige Punkt ist die Eingruppierung der „Helfer“. Nach betriebsöffentlicher Skandalisierung der Abwertung der Arbeit vor Ort lenkt die GF ein.

Die GF besteht auf eine stufenweise Heranführung an den TVöD. Es wird vereinbart, die ersten beiden Jahre 90% des Tabellenentgeltes zu zahlen.

Mitte Dezember wird der Tarifvertrag paraphiert.

2012

Januar

„task force“.

Es wird eine sogenannte task force zwischen GF und BG eingerichtet, um die **Refinanzierungsverhandlungen** mit der Stadt **durch politische Aktionen zu begleiten**.

Leider nutzt die GF dieses Gremium nicht und so wird es wieder aufgelöst.

März

Tariftreue, Tarifrunde und Urabstimmung.

Die **Stadt Frankfurt am Main** fasst einen Beschluss, **Tarifverträge** zu refinanzieren.

Einige Kolleg*innen beteiligen sich an den Warnstreiks der Tarifrunde 2012 und sammeln erste Streikfahrten.

GF erklärt, dass sie den **Tarifvertrag nicht unterschreibt**, weil die Refinanzierung noch nicht gesichert sei. Die BG entscheidet sich mit großer Mehrheit **für Streik**.

April

Warnstreik.

Zwei Warnstreiktage am 19. und 24.04. mit jeweils über 100 Kolleg*innen. An beiden Tagen Treffen vor dem Betrieb mit anschließender Kundgebung vor dem Sozialdezernat.

Am 20.04. **ganztägige BV**, die am Ende auf den 23.04. vertagt wurde, so dass vier Tage am Stück mit einem Wochenende dazwischen Chaos war. Auch auf den BVen waren jeweils etwa 100 Kolleg*innen. GF schickt Dienstanweisungen trotz Streiks arbeiten zu gehen.

Mai

3. Warnstreiktag.

Anfang Mai findet der **3. Warnstreiktag** statt. Dieser ist schon länger bekannt und findet als **gemeinsame Kundgebung mit Assistenznehmer*innen, Schüler*innen und Eltern vor dem Rathaus** statt.

Danach erklärt die GF, den Tarifvertrag zu unterschreiben und die **Friedenspflicht beginnt**.

Juni

Unterschrift.

Der **Tarifvertrag** wird **unterschrieben**.

Juli

Inkrafttreten.

Der **Anwendungstarifvertrag zum TVöD** für den CeBeeF e.V. und die CeBeeF Fahrdienst GmbH **tritt in Kraft**. Ab **Juli 2014** zu 100%.